



Internationale Staaten müssen wirksame Maßnahmen ergreifen, um die Annexion von Gebieten im Westjordanland zu stoppen

Wir, internationale Organisationen für humanitäre Hilfe und Entwicklung (INGOs), die im besetzten palästinensischen Gebiet (OPT) tätig sind, beobachten täglich die negativen Auswirkungen der bereits länger vor sich gehenden De-facto-Annexion von palästinensischem Land im Jordantal und in den gesamten sogenannten C-Gebieten auf das Leben der betroffenen Menschen. Wir fordern die internationale Gemeinschaft nachdrücklich auf, die israelische Regierung dazu zu bewegen, ihren Plan zur förmlichen Annexion von Gebieten im Jordantal und in anderen Teilen des sog. C-Gebiets aufzugeben und stattdessen ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen als Besatzungsmacht nachzukommen. Die fraglichen Gebiete machen rund ein Drittel des Westjordanlandes aus. Bis zu 150 palästinensische Dörfer und Weiler im Westjordanland (ohne Ostjerusalem), in denen 140.000 Menschen leben, könnten in die neu annektierten Gebiete fallen. Doch auch jenseits der geplanten Annexion ist die momentane Situation weder akzeptabel noch nachhaltig. Die formale Annexion wäre lediglich ein weiterer Beleg für die systemische Ungleichheit und Diskriminierung, die das Verhältnis zwischen Israelis und Palästinenser*innen seit langem kennzeichnet.

Die Annexion von Teilen des Westjordanlandes würde einen eklatanten Verstoß gegen die Grundprinzipien des Völkerrechts und gegen das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser*innen darstellen. Ein solcher gewaltsame Akt hätte in erster Linie schwerwiegende menschenrechtliche, soziale und wirtschaftliche Folgen für die betroffene palästinensische Bevölkerung. Er würde ferner gegen die völkerrechtlichen Verpflichtungen Israels verstoßen, die jahrzehntelangen, von den USA und der EU unterstützten Bemühungen für einen gerechten Frieden zwischen Palästinenser*innenn und Israelis aufs Spiel setzen, jegliche Hoffnungen auf eine Zwei-Staaten-Lösung zerstören und in beispielloser Weise die gesamte Region destabilisieren.

Dem US-Plan zufolge, der der geplanten Annexion zugrunde liegt, wäre ein potenzieller künftiger palästinensischer Staat lediglich ein Konglomerat voneinander isolierter Inseln, umgeben von israelisch kontrolliertem Territorium und abgeschnitten von sozialen Grunddiensten, Versorgungsnetzwerken und Märkten. Die daraus resultierende schlechte Lebensqualität in solchen Enklaven und eine durch Zwangsausübung geprägte Umgebung würde den Druck auf die betroffenen Bewohner*innen erheblich erhöhen, das Gebiet zu verlassen.

Palästinenser*innen, die in den von Annexion bedrohten Gebieten leben, wären wahrscheinlich ähnlichen oder noch größeren Bedrohungen ihrer Rechte und Sicherheit ausgesetzt als es die palästinensische Bevölkerung in Ostjerusalem seit dessen formellen Annexion ist. Zu nennen sind hier insbesondere diskriminierende Rechtspraktiken, die Behinderung und Verweigerung von Familienzusammenführungen, fehlende Möglichkeiten, an freien und demokratischen politischen Prozessen und kommunaler Selbstorganisation teilzunehmen, die unzureichende Bereitstellung von Grunddiensten und Infrastruktur, ein

Mangel an Rechtsstaatlichkeit und verantwortlicher Polizeiarbeit sowie daraus resultierend verstärkte Ausübung von Gewalt gegen die Bevölkerung.

Die Herstellung israelischer Souveränität über Gebiete des Westjordanlandes dürfte zur Errichtung zusätzlicher Kontrollpunkte und anderer physischer Barrieren führen und somit die Bewegungsfreiheit der palästinensischen Bevölkerung weiter einschränken.

Die einseitig vollzogene Ausdehnung seines Staatsgebietes würde es Israel ermöglichen, elementare natürliche Ressourcen wie Wasser, Land und Mineralien weiterhin völkerrechtswidrig zu nutzen. Dies wäre nicht nur ein schwerer Verstoß gegen das Recht der palästinensischen Bevölkerung auf politische Selbstbestimmung, territoriale Integrität und Verfügungsgewalt über natürliche Ressourcen, sondern würde ganz konkret deren Armut verstärken. Die israelische Annexion insbesondere des fruchtbaren Gebiets im Jordantal – dem Brotkorb des palästinensischen Gebiets – würde einen lebensfähigen palästinensischen Staat praktisch unmöglich machen. Indem ihm die zur Selbstversorgung und zum Handel mit Staaten und Partnern in der Region notwendigen natürlichen Ressourcen entzogen würden, wäre ein solcher Staat zu dauerhafter Abhängigkeit von ausländischer Hilfe verurteilt.

Sollte die internationale Gemeinschaft die Annexion nicht mit Nachdruck ablehnen, würde dies ein Grundprinzip der Charta der Vereinten Nationen, der gegenwärtigen internationalen Rechtsordnung und des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit untergraben. Andere Staaten könnten sich jetzt und zukünftig auf diesen Präzedenzfall berufen, um gewaltsame territoriale Expansionen zu rechtfertigen, obwohl derartige Handlungen bislang international strikt abgelehnt worden sind.

Regierungen müssen deshalb:

- klar kommunizieren, dass eine Annexion Konsequenzen für die diplomatischen Beziehungen und das Ansehen Israels in der internationalen Gemeinschaft haben wird, die dem völkerrechtlichen Prinzip der Verhältnismäßigkeit folgen;
- deutlich machen, dass sie die Souveränität Israels über neu annektierte Gebiete nicht anerkennen und das Westjordanland weiterhin als besetztes Gebiet behandeln; außerdem sollten sie Israel auffordern, seine völkerrechtlichen Verpflichtungen gegenüber den Palästinensern zu erfüllen;
- ihrer eigenen völkerrechtlichen Verpflichtung nachkommen, eine rechtswidrige Annexion nicht anzuerkennen – u.a. durch die Einschränkung oder Konditionierung von bilateraler Zusammenarbeit mit Bezug auf die Annexion;
- sofortig wirksame und verhältnismäßige diplomatische Maßnahmen einleiten, einschließlich restriktiver Maßnahmen in Bezug auf die Annexion palästinensischer Gebiete. Wir fordern die Europäische Union, einschließlich aller 27 Mitgliedstaaten, auf, eine kohärente EU-Außenpolitik zu verfolgen und alle Regierungen von Ländern, die sich Land gewaltsam aneignen, nach denselben Standards zur Rechenschaft zu ziehen.
- EU-Mitgliedstaaten, die Bedenken gegen eine Annexion haben, sollten im Falle einer Lähmung auf EU-Ebene entweder einzeln oder gemeinsam vorgehen und geeignete Maßnahmen als Reaktion auf eine Annexion ergreifen.